

Per Email

Bundesvorstand und Parteirat
Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Offener Brief

Wahljahr 2021 – Entscheidung über CETA. Wo stehen die GRÜNEN?

Sehr geehrte Frau Baerbock, sehr geehrter Herr Habeck,
sehr geehrte Damen und Herren des Bundesvorstandes und des Parteirats,
liebe GRÜNE,

Ihre Partei hat auf Bundesebene beschlossen, das europäisch-kanadische Freihandels- und Investorenschutzabkommen CETA abzulehnen. Entsprechend lauteten die Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2017 und die Europawahl 2019 (Fußnote 1).

Das neue GRÜNE Grundsatzprogramm stellt im Handelskapitel u.a. fest (Seite 56): Handel „muss zur Umsetzung der VN-Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaabkommens beitragen, anstatt diese zu konterkarieren. ... Sonderrechte und Sonderjustiz für Konzerne sind auszuschließen“ (Nr. 377, 379). Auch weist Nr. 379 darauf hin, dass die Daseinsvorsorge als staatliche Aufgabe, wegen der betroffenen öffentlichen Interessen, nicht dem Markt überlassen werden darf (Fußn. 2).

Mit dieser Programmatik und mit Ihren bisherigen Wahlversprechen ist unvereinbar, dass grüne Amtsträger*innen in einigen Landesregierungen sich anschicken, CETA im Bundesrat zuzustimmen.

Die hessischen Grünen haben bei ihrem Parteitag am 11.5.2019 aber ausdrücklich die CETA-Zustimmung gebilligt. Der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann hat sich mehrfach öffentlich pro CETA geäußert. In der Stuttgarter Landtagsfraktion und der Landesgeschäftsstelle ist die Einschätzung verbreitet, dass Herr Kretschmann und sein Kabinett die verfassungsrechtlich starke Stellung nutzen werden, um entgegen dem baden-württembergischen Parteibeschluss (Fußn. 3) CETA durchzuwinken. Nach Informationen aus Hamburg ist auch vom dortigen Senat mit einem Ja zu CETA zu rechnen.

Von der Bundespartei ist kein Widerspruch zu hören – wie kann das sein? Wie passt dies zum **Grünen Grundkonsens von 1993** (Fußn. 4) und zu § 2 der Satzung der Bundespartei?

Der Grundkonsens beschwört die Verpflichtung auf die gemeinsamen Grundwerte und die Einigung auf programmatische Inhalte (Nr. 63, 64), wie sie dort in den Kapiteln 1.1 bis 1.6 niedergelegt sind. Die Kapitel zur Ökologie und zur Demokratie (1.2 und 1.3) beschreiben eine Wirtschaftsweise und eine demokratische Mitbestimmung, denen die Auswirkungen des CETA-Abkommens diametral entgegenstehen. Dies haben Sie in ihren o.g. Parteibeschlüssen und Wahlprogrammen selbst festgestellt! **Wie können Sie also zulassen, dass grüne Minister (und auch ein grüner Ministerpräsident), die von grünen Wählern aufgrund von grünen Programmen ihre Regierungsgämter erlangt haben, dem Grundkonsens eklatant zuwiderhandeln wollen?** Oder läuft § 11 Abs. 2 S. 2 der Satzung in die Leere, weil die Programme der Partei für regierende Grüne nicht gelten?

Sie brauchen uns nicht zu erklären, dass Landesregierungen und ihre Mitglieder nicht an die Parteisatzung gebunden sind, sondern an die Landesverfassung. Aber erklären Sie uns bitte, weshalb Sie in Sachen CETA keinen politischen Einfluss nehmen auf Ihre führenden grünen Landespolitiker. Wir meinen: Die grüne Partei kann und muss ihr politisches Gewicht einbringen (und ihre Verantwortung gegenüber den Wähler*innen), **wenn grüne Regierungsmitglieder alle o.g. Grundlagen missachten, welche die Grünen sich in ihrer programmatischen Arbeit gegeben haben.**

Die GRÜNEN sind dabei, ihre Glaubwürdigkeit zu zerstören. Die Freihandelskritischen Bündnisse des Netzwerks Gerechter Welthandel Baden-Württemberg (NGW BW) stufen die vermittelnden, verhalten positiven Äußerungen, die wir von grünen Spitzenpolitikern in den letzten beiden Jahren erhielten, inzwischen als Hinhaltenakt ein – oder aber als gut gemeinte Äußerungen, die angesichts der Kräfteverhältnisse in der Partei leider obsolet sind. (5)

Um die Glaubwürdigkeit der Grünen ging es auch in Robert Pauschs ZEIT-Artikel vom 9.10.20. Ihre Antwort (ZEIT-Online-Gastbeitrag der Bundesvorsitzenden vom 15.10.20) lässt nicht erkennen, dass die GRÜNEN eine Führungsrolle für die Umgestaltung der bundesrepublikanischen Wirtschaftsweise anstreben. **Weder beim Klimaschutz noch bei anderen Themen (z.B. einer geänderten Welthandelsordnung)** wird sichtbar, dass Sie einen Plan für die dringend notwendige politische Wende haben und diesen durchsetzen wollen. (6)

Falls Sie die derzeitige EU-Handelspolitik befürworten, so berücksichtigen Sie bitte das **beigefügte Positionspapier**, das das NGW BW mehreren Parteien als Wahlprüfstein zur baden-württembergischen Landtagswahl vorgelegt hat (7). Mit einer CETA-Zustimmung würden Landesregierungen mit grüner Beteiligung das Pariser Klimaschutzabkommen unterlaufen und dazu beitragen, die neoliberale Weltwirtschaftsordnung nach Art der EU-Handelspolitik zu zementieren.

Wir fordern Sie auf, mit allen Kräften sicherzustellen, dass die GRÜNEN nicht einer Regierung beitreten werden, die eine künftige nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise irreparabel beschädigt. Gehen Sie dort auf die Wünsche des künftigen Koalitionspartners ein, wo spätere Korrekturen möglich bleiben. Nicht auf dem Gebiet der Klimapolitik! Denn die Klimaschäden werden irreparabel, wenn die Klimakrise in wenigen Jahren außer Kontrolle gerät. Praktisch irreversibel wird auch der Investorenschutz sein – sowie die Beschädigung der Demokratie – wenn CETA in der verabschiedeten Fassung in allen EU-Staaten ratifiziert wird. Sie wissen, dass die Investorenrechte noch zwanzig Jahre nach einer Kündigung von CETA fortbestehen.

Die GRÜNEN können CETA im Bundesrat stoppen (8). Nutzen Sie Ihre Parteistatuten und **das politische Gewicht des Bundesvorstandes und des Parteirates**, um Ihre Parteikolleg*innen in Baden-Württemberg, Hamburg und Hessen von einem Ja zu CETA abzuhalten! **Ein Klima-, Umwelt- und Demokratie-feindliches Abkommen darf nicht mit grünen Stimmen ratifiziert werden! (9)**

Mit freundlichen Grüßen

Ludwig Essig

Günter Häberle

Michael Sadtler

Carsten Trost

NETZWERK
**Gerechter
Welthandel** 
Baden-Württemberg

Wir sind ein Teil des bundesweiten Netzwerks für Gerechten Welthandel

Das NGW BW setzt sich zusammen aus Bündnissen und Initiativen von Aalen / Ostalbkreis, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Offenburg / Ortenaukreis und Stuttgart.

Das Netzwerk Gerechter Welthandel setzt sich ein für eine global gerechte, faire, nachhaltige und demokratische Außenwirtschaftspolitik.

Fußnoten:

- (1) Bundesparteibeschluss von 2016: https://cms.gruene.de/uploads/documents/V-55-V-31_Neustart_fuer_fairen_Handel_und_V31.pdf

https://cms.gruene.de/uploads/documents/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017.pdf (Seite 90 ff.)

https://cms.gruene.de/uploads/documents/B90GRUENE_Europawahlprogramm_2019_barrierefrei.pdf (S. 148, 180)
- (2) https://cms.gruene.de/uploads/documents/20200828_Grundsatzprogramm.pdf
- (3) <https://www.gruene-bw.de/wp-content/uploads/2017/12/GrueneBW-LDK-Beschluss-F%C3%BCr-einen-fairen-Handel-CETA-Vertrag-nicht-zustimmen.pdf>
- (4) <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Grundkonsens-1.pdf>
- (5) Uns fällt auf: Etliche prominente grüne CETA-Gegner*innen haben sich inzwischen aus der öffentlichen Debatte zurückgezogen; andere sind mit Äußerungen hervorgetreten, die Herrn Kretschmann den Weg ebnen.
- (6) Der **Brief der Heidelberger Parents-for-Future von Ende Oktober**, gerichtet an die Bundesvorsitzenden und mit sehr kritischen Ausführungen zum ZEIT-Online-Gastbeitrag vom 15.10.2020 vorgetragen, ist uns bekannt. Auch dort wird die Glaubwürdigkeit angezweifelt.
- (7) Unsere inhaltlichen Positionen zu CETA würden wir Ihnen auch gern im Gespräch erläutern; unsere diesbezügliche Anfrage bei der Bundesgeschäftsstelle läuft seit längerem. Ein Gespräch mit Frau Baerbock war uns am Rande des Sindelfinger Landesparteitags der baden-württembergischen Grünen vom Sept. 2019 avisiert worden, aber damals nicht zustande gekommen; denn Frau Baerbock war wegen der brandenburgischen Koalitions-Entscheidung verständlicherweise im Norden unabkömmlich.
- (8) Die angehängte PDF-Datei „2020-02-14 Bundesrat ...“ zeigt die Stimmenverhältnisse im Bundesrat mit Stand von Dez. 2019. Seither hat es nur leichte Verschiebungen gegeben. Die Stimmenzahl, die CETA verhindern kann, besteht weiterhin.
- (9) **Bei den Jamaika-Koalitionsverhandlungen vom Herbst 2017** hatten Ihre Partei und die CDU hinsichtlich CETA eine Kompromisslinie gefunden, wonach das Abkommen nur in dem Umfang ratifiziert werden sollte, wie CETA seit Sept. 2017 vorläufig angewandt wird. Dies haben Gewährsleute des Netzwerks Gerechter Welthandel – unabhängig voneinander – von zwei Quellen aus den Verhandlungskommissionen erfahren. Fragen Sie Ihre damaligen Verhandlungsführer*innen!